

Libanon: Heiße Spuren im „Mordfall Hariri“?

Stephan Rosiny

Am 23.7.2010 berichtete der Generalsekretär der Hisbollah, Hasan Nasrallah, dass das Sondertribunal für den Libanon (STL) in Den Haag in Kürze Mitglieder seiner Partei des Mordes am ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri (im Februar 2005) anklagen werde. Saad al-Hariri, der Sohn des prominenten Opfers und aktueller Ministerpräsident, habe ihm dies mitgeteilt und zugleich versichert, dass man nur „undisziplinierte Mitglieder“ – und nicht die Partei an sich – verantwortlich machen werde.

Analyse

Eine entsprechende Anklage durch das 2007 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ins Leben gerufene Gericht würde ein Politikum ersten Ranges darstellen. Sie würde die nach Jahren der innenpolitischen Blockade mühsam gefundene „Regierung der nationalen Einheit“ mit Beteiligung der Hisbollah gefährden und möglicherweise den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten über die Grenzen des Landes hinaus wieder anheizen.

- Über eine Tatbeteiligung der Hisbollah als engem Verbündeten Syriens war im Libanon schon früh spekuliert worden. Seinerzeit war das syrische Regime selbst für den Mord verantwortlich gemacht und jahrelang politisch isoliert worden.
- Eine Täterschaft der (schiitischen) Hisbollah widerspräche ihrem bisherigen Aktionsprofil und ihrer politischen Agenda, in der sie sich für eine Überwindung des konfessionellen Grabens zwischen Sunniten und Schiiten einsetzt. Die Durchführung des Anschlags passt eher zu sunnitisch-jihadistischen Attentätern, die darüber hinaus zahlreiche Motive hatten, Hariri umzubringen.
- Eine erneut fehlerhafte Beschuldigung – die 2005 ins Leben gerufene UN-Untersuchungskommission *United Nations International Independent Investigation Commission* (UNIIC) war zunächst der mittlerweile aufgegebenen „syrischen Fährte“ gefolgt – würde die Glaubwürdigkeit des STL nachhaltig in Frage stellen.
- Politiker der Region wollen ein Wiederaufbrechen konfessioneller Gewalt verhindern. Ende Juli 2010 waren der saudische König Abdallah und der syrische Präsident Bashar al-Asad hierfür demonstrativ gemeinsam nach Beirut gereist, um drohende Spannungen zu entschärfen.

Schlagwörter: Libanon, Hisbollah, Hariri-Tribunal, politische Attentate, Jihadisten

Syrien und der Mordfall Hariri polarisieren die libanesische Innenpolitik

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs im Libanon sind dessen äußerliche Schäden weitgehend beseitigt. Gleichwohl ist die libanesische Gesellschaft weiterhin von einem hohen Maß an Gewalt gekennzeichnet. Die prekäre Sicherheitslage an der Grenze zu Israel, drei Kriege mit dem Nachbarland (1993, 1996 und 2006), interkonfessionelle Kämpfe, Zusammenstöße der Sicherheitskräfte mit Jihadisten sowie rund 100 politische Attentate seit 1990 erzeugen ein Klima permanenter Spannungen.¹ Konfessionelle Identitäten spielen nach wie vor eine wesentliche Rolle in der Macht- und Ressourcenverteilung sowie bei der Bildung innen- und außenpolitischer Allianzen. Besonders Konfliktpotential besteht dort, wo binnen- und regionalpolitische Konflikte und Interessen parallel zu konfessionellen Zugehörigkeiten verlaufen.

Ein solches Konglomerat kam beim Mordanschlag auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri zum Tragen.² Das Attentat fiel in die Phase einer stark polarisierenden US-Außenpolitik. Nach den Anschlägen des 11.9.2001 brachte die damalige US-Administration jedes renitente Verhalten im Nahen Osten in Zusammenhang mit dem Terrorismus. Als sich Verdachtsmomente und sogar – wie sich herausstellte – „falsche“ Zeugen fanden, die auf eine Täterschaft Syriens und des mit ihm kollaborierenden libanesischen Sicherheitsapparats deuteten, wurde das Land als „Schurkenstaat“ ausgemacht und politisch isoliert. Die Direktoren der libanesischen Sicherheitsdienste wurden auf Empfehlung des Chefermittlers der UNIIIC, Detlev Mehlis, verhaftet. Auf massiven libanesischen und internationalen Druck hin zogen die syrischen Truppen bis zum 26.4.2005 aus dem Libanon ab.

Die syrische Besatzung seit 1976 war in der libanesischen Bevölkerung in allen Konfessionen unbeliebt. Die Gründe hierfür lagen in der arroganten und harten Herrschaft des syrischen Sicherheitsapparates und in der weit verbreiteten Korruption. Zudem kamen viele syrische Arbeitskräfte ins Land, die – ohne Steuern und Sozialabgaben zu zahlen –, zwar Wiederaufbauarbeit leisteten, aber

die Löhne libanesischer Arbeiter drückten. Die libanesische Wirtschaftselite, die mit der neoliberalen Politik Hariris und dem Bauboom gute Geschäfte machte, profitierte von dieser Situation und arrangierte sich mit der syrischen Ordnungsmacht. Der Mord an Hariri bildete indes den Kulminationspunkt einer schleichenden Entfremdung. Die häufige Einmischung in die libanesische Innenpolitik stieß zunehmend auf Unmut. Die Hariri-Anhänger hatten bereits wenige Stunden nach dem Attentat behauptet, dass Syrien hinter dem Mord stecke (Blanford 2006).

Einzig die schiitischen Parteien der Amal und Hisbollah sowie eine Reihe kleiner pro-syrischer Parteien hielten noch zu Syrien, insbesondere weil die syrische Präsenz Waffenlieferungen an „den Widerstand“ erleichterte und einen gewissen Schutz vor einer erneuten israelischen Invasion bot. Ihre Großdemonstration des „Dankes an Syrien“ am 8. März 2005 gab ihnen den Namen der „8. März-Bewegung“.

Die Gegenseite vereinte sich am 14. März 2005 zur größten Demonstration, die je im Libanon stattfand, und forderte den sofortigen Abzug der syrischen Truppen. Diese „14. März-Bewegung“ war in ihrer Zusammensetzung recht heterogen. Neben den schon lange gegen die syrische Besatzung opponierenden christlichen Parteien gehörten ihr ehemals enge Verbündete Syriens – wie die sunnitische säkulare Future-Bewegung von Hariri oder der Drusenführer Walid Jumblatt – an. Die ebenfalls beteiligte Freie Patriotische Bewegung des christlichen Ex-Generals Michel Aoun, einst der vehementeste Gegner der syrischen Präsenz, schwenkte später um und schloss am 6.2.2006 ein Bündnis mit der Hisbollah.

Der in westlichen Medien kolportierte Gegensatz eines pro- und anti-syrischen Lagers war daher von Beginn an irreführend. Vielmehr manifestierte sich in den beiden Blöcken vor allem ein sunnitisch-schiitischer Gegensatz, dem sich die anderen konfessionellen Parteien anschlossen. Die meisten Sunniten des Landes schrieben dem von Alawiten dominierten Regime in Damaskus und insgeheim der schiitischen Hisbollah die Schuld am Tod „ihres Märtyrers“ Rafiq al-Hariri zu. Das gemeinsame Bedrohungsgefühl verhalf der zuvor fragmentierten Gemeinschaft zu neuer Geschlossenheit (ICG 2010). Die schiitischen Parteien beklagten eine westliche politische Einmischung in die Ermittlung, die in Wahrheit Israel nütze. Der Druse Jumblatt betätigte sich als das wechselnde

1 Knudsen (2010) bezeichnet die Attentatsserien als eine Fortsetzung des Bürgerkrieges mit anderen Mitteln.

2 Ein mutmaßlicher Selbstmordattentäter hatte am 14.2.2005 mitten in Westbeirut eine fast zwei Tonnen schwere Bombe gezündet und 22 Menschen mit in den Tod gerissen.

„Zünglein an der Waage“, um das Gewicht seiner kleinen Gemeinschaft mit größtmöglicher Wirkung einzusetzen. Christen fanden sich in beiden Lagern. Sie unterschieden sich wesentlich in ihren Angstvisionen: Während die 14. März-Bewegung eine (schiitische) „Iranisierung“ beklagte, befürchteten Aouns Anhänger eine (wahhabitische) „Saudifizierung“ des Libanon.

Kein Ende der Gewalt im Libanon

Die Bombenanschläge und politischen Morde, zu denen es bereits vor dem Attentat auf Hariri häufiger gekommen war, setzten sich auch nach dem syrischen Truppenabzug fort. Die gezielten Anschläge richteten sich auf Politiker, Journalisten, Sicherheitskräfte und Milizführer. Sie starben meist durch an ihren Fahrzeugen deponierte Bomben. Viele Tote und Verletzte gab es durch an öffentlichen Orten deponierte Sprengsätze, vorwiegend in von Christen bewohnten Gebieten. Die Attentate polarisierten und paralyisierten die libanesischen Innenpolitik. Die konfessionellen Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten eskalieren so stark, dass wiederholt der Ausbruch eines Bürgerkriegs zu befürchten war. Die 14. März-Bewegung sowie einige westliche Medien schrieben die neuen Anschläge meist Syrien zu, weil dessen weiterhin präsenter Geheimdienst den Libanon destabilisieren wolle, um eine Rückkehr der syrischen Armee als Ordnungskraft vorzubereiten, oder um sich für die Undankbarkeit der Libanesen zu rächen. Dagegen sprach, dass die Attentate nicht ausschließlich antisyrisch eingestellte Personen trafen. Einige der Opfer galten als Moderate und potentielle Brückenbauer zwischen den Lagern. Die willkürlich gegen Zivilisten gerichteten Bomben in den christlichen Gebieten schaden vor allem dem Ansehen von Michel Aoun, der dem „prosyrischen“ Lager angehörte. Nicht attackiert wurden hingegen die Hardliner des antisyrischen Lagers, Samir Geagea und Walid Jumblatt.

Der UN-Untersuchungskommission wurde eine Auswahl an Fällen übertragen, welche die Annahme einer syrischen Täterschaft stützte. Nicht in die Ermittlungen aufgenommen wurden Attentate, die, mit ähnlichen Methoden verübt, „prosyrische“ Kräfte trafen. Das Attentat auf Samir Shahada vom 5.9.2006 wurde – soweit ersichtlich – ebenfalls nicht an die UNIIC übertragen, obwohl er im Mord an Hariri ermittelt hatte und dementsprechend ein Zusammenhang anzunehmen ist.

Samir Shahada hatte allerdings auch in Richtung von al-Qa'ida nahestehenden Gruppen ermittelt.

Bislang fanden sich keine Beweise für eine syrische Täterschaft. Stattdessen wurden für einige der Anschläge, so auch für den auf Shahada³, sunnitische Jihadisten als Verdächtige aufgegriffen. Erneut äußerte die 14. März-Bewegung den Verdacht, dass Syrien hinter diesen Gruppen stecke. Aber deren fanatisches Islamverständnis, wonach alle Alawiten und Schiiten „vom Glauben Abgefallene“ seien, und die Terroranschläge, die dieselben jihadistischen Netzwerke in Syrien verübten, lassen eine Steuerung durch den syrischen Geheimdienst fragwürdig erscheinen.

Stattdessen mehrten sich Hinweise, dass die sunnitische *Future*-Bewegung von Hariri ihre radikalen Glaubensbrüder als Gegengewicht zur schiitischen Hisbollah protegiert und finanziert hatte. Im Juli 2005 setzten sich Saad al-Hariri und Fouad Siniora für die Freilassung von 29 sunnitischen Fundamentalisten ein, die wegen Gewaltakten inhaftiert worden waren (al-Sharq al-Awsat, 19.7.2005). Dem prominenten US-Journalisten Seymour Hersh zufolge unterstützten auch die USA und Saudi-Arabien radikale sunnitische Jihadisten, um den Einfluss des (schiitischen) Iran in der Region einzudämmen. *Usbat al-Ansar*, die größte der sunnitisch-jihadistischen Gruppen im Libanon, die in zahlreiche Terroranschläge verwickelt war, soll vom Hariri-Lager Waffen erhalten haben (Hersh 2007).

Allerdings entglitten die Jihadisten zunehmend der Kontrolle ihrer Sponsoren. Bei Kämpfen im Sommer 2007 zwischen *Fatah al-Islam*, die sich in einem bei Tripoli im Nordlibanon gelegenen Palästinenserlager auf den „Jihad zur Befreiung Palästinas“ vorbereiten wollte, und der libanesischen Armee starben 50 Zivilisten, 179 libanesischen Soldaten und 226 Jihadisten. Seitdem änderte sich der Umgang mit diesen Gruppen. Nun gingen auch die dem Hariri-Lager nahestehenden ISF (Internal Security Forces), wie bereits zuvor der Armeegeheimdienst, energischer gegen die Jihadisten vor. In der Folge wurden etliche von ihnen verhaftet und einige Attentate aufgeklärt.

Im Frühjahr 2006 und besonders zahlreich seit 2009 wurden ferner Dutzende von mutmaßlichen Mossad-Agenten verhaftet, die bereits vor 2005 Mordanschläge gegen palästinensische und Hisbollah-Führer verübt haben sollen. Einige der At-

³ Anfang Juli 2010 erhob ein libanesischer Militär-Untersuchungsrichter im Fall Shahada Anklage gegen Mitglieder einer al-Qa'ida nahestehenden Gruppe (al-Akhbar 8.7.2010).

tentate weisen dabei technische Ähnlichkeiten zu den späteren Anschlägen auf. Bei den Verhafteten – unter ihnen befanden sich hochrangige Mitglieder der libanesischen Sicherheitsdienste – fand man teils beträchtliche Mengen Sprengstoff. Am 18.2.2010 verurteilte ein Militärgericht Mahmud Rafi', einen pensionierten Beamten der ISF, zum Tode (Naharnet 18.2.2010). Man lastete ihm verschiedene Morde an palästinensischen und Hisbollah-Führern an.

Rafi's Komplize, der Palästinenser Husain Khat-tab, konnte sich rechtzeitig absetzen. Von ihm weist eine ominöse Spur zu jihadistischen Netzwerken. Sein Bruder, Scheich Jamal Khattab, ist ein radikaler Prediger im Palästinenserlager Ain al-Hilwa, der Kämpfer für den Jihad im Irak vorbereitet haben soll.⁴ Außerdem unterhielt er enge Verbindungen zu Abu Ubaida, der sich mutmaßlich mit Abu Adass, dem Bekenner für das Hariri-Attentat, getroffen haben soll.⁵

Die Verhaftungen von Jihadisten und möglichen Mossad-Agenten trugen zusammen mit dem Abkommen von Doha (21.5.2008) dazu bei, die innenpolitischen Fronten aufzuweichen. Saad al-Hariri, seit 9.11.2009 Ministerpräsident einer Regierung der nationalen Einheit, suchte den Ausgleich mit der Bewegung des 8. März. Walid Jumblatt wechselte gleich ganz ins Lager des „Widerstands“ und entschuldigte sich für seine frühere Behauptung, Hisbollah stecke hinter den Attentaten.⁶ Das Ende der innenpolitischen Polarisierung ging zeitgleich mit der Wiederannäherung an Syrien einher. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren seit dem Hariri-Anschlag schwer belastet.

Passt der Anschlag auf Hariri ins Profil der Hisbollah?

In dieser Situation wird das Hariri-Tribunal demnächst wahrscheinlich Anklage gegen Mitglieder der Hisbollah erheben. Die Art und Weise des Anschlags und die möglichen Motive werfen jedoch eine Reihe von Zweifeln an dieser „neuen“ Fährte auf.

4 Times Online, 15.6.2006, http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/middle_east/article675279.ece.

5 Joshua Landis Blog, 16.6.2006; <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2006/06/ahmed-abu-adass-jund-al-sham-and-mossad.htm>. Hier finden sich weitere Hinweise auf und Belege für Querverbindungen zwischen Jihadisten und Mossad-Zellen im Libanon.

6 Seine Beschuldigung gegen Hisbollah erhob er Ende 2006 (siehe http://yalibnan.com/site/archives/2006/12/jumblatt_accuse_2.php). Seine Kehrtwende gibt Naharnet am 20.10.2008 wieder: „During times of tension we could say anything. We said bad things about Sayyed Hassan Nasrallah and Hizbullah. And they said bad things about me and (MP) Saad Hariri.“

In einem unmittelbar nach dem Anschlag verbreiteten Video hatte sich Ahmad Abu Adass im Namen einer ominösen Jihadisten-Zelle zu dem Hariri-Attentat bekannt. Es gab aber Zweifel an dieser Version. Muhammad Zuhair Siddiq, der sich der Kommission als ehemaliger syrischer Geheimdienstmitarbeiter angedient hatte, behauptete, er habe gesehen, wie das Tatfahrzeug in Syrien mit Sprengstoff beladen worden sei. Die Syrer hätten Abu Adass unter Gewaltandrohung zu dem Bekennervideo gezwungen und ihn anschließend ermordet. Später widerrief Siddiq seine Aussagen. Ein verhafteter Komplize von Abu Adass, Faisal Akbar, schilderte ausführlich die Planung des Anschlags, der ganze 50.000 US\$ gekostet haben soll, zog sein Geständnis indes ebenfalls zurück (Itani 2008).

Wegen der vermeintlich perfekten Planung des Anschlags gingen Beobachter davon aus, dass er nur durch eine erfahrene staatliche oder semistaatliche Organisation wie die Hisbollah zu bewerkstelligen gewesen sei. Aber kann sich hinter der Monströsität der Tat nicht eine Banalität der Planung verbergen? Lässt sich der retrospektiv betrachtet „erfolgreiche“ Anschlag nicht ebenso als eine Kette von Zufällen lesen?

Warum benutzten die mutmaßlichen Attentäter Mobiltelefone für ihre Kommunikation? Es war in Beirut allgemein bekannt, dass die starken Jammer des Hariri-Konvois zum Schutz vor ferngezündeten Bomben regelmäßig den Mobilfunk lahmlegten. Warum funktionierten Handies am fraglichen Tag und an der Anschlagstelle dennoch? Die Attentäter benutzten einen Lastwagen mit Rechtslenkung, um die Bombe ans Anschlagziel zu transportieren. Dieser Fahrzeugtyp ist im Libanon aber völlig ungewöhnlich und musste eigentlich auffallen. Außerdem ist er im dortigen Rechtsverkehr fahrtechnisch schwierig zu bedienen. Schließlich war es nicht von Vorteil, einen Selbstmordattentäter einzusetzen. Diese Anschlagsform macht Sinn, wenn die Bombe möglichst nah an das Anschlagziel herangebracht werden muss. Wenn sich das Opfer – wie im Fall von Hariris Fahrzeugkonvoi – aber selbst der Bombe nähert, genügt eine technisch versierte Fernzündung. Die menschliche Reaktionszeit des Selbstmordattentäters ist hingegen ein vermeidbarer Unsicherheitsfaktor.

Die überdimensionierte Bombe, das amateurhafte Verhalten der Attentäter und die für das Gelingen nicht erforderliche Auswahl eines Selbstmordattentäters sprechen gegen eine Täterschaft der Hisbollah. Sie ist für ihre technisch präzi-

sen und strategisch durchdachten Aktionen bekannt. Im Südlibanon hatte sie den israelischen Besatzungstruppen bis 2000 durch ferngezündete Sprengfallen am Straßenrand schwere Verluste beigebracht. Die Methode eines Selbstmordanschlags auf einer dicht befahrenen Straße mitten im Herzen von Beirut, bei der der Tod zahlreicher Zivilisten zu erwarten war, passt nicht zu ihrer Vorgehensweise. All ihre Selbstmordattentate im Libanon hatten sich ausschließlich gegen militärische Ziele gerichtet, bei denen der Einsatz eines Selbstmordattentäters vorteilhaft war, um nahe genug ans Ziel zu gelangen.

Die Hisbollah ordnet sich als schiitische Organisation dem juristisch-theologischen Diktum des obersten schiitischen Rechtsgelehrten unter, als welchen sie den iranischen Revolutionsführer Ali Khamene'i anerkennt. Der bewusst einkalkulierte Tod von Dutzenden Unbeteiligter, der militärisch nicht notwendige Einsatz eines Selbstmordattentäters und möglicherweise der Sturz des libanesischen politischen Systems sind mit Khamene'is Positionen aber nicht zu rechtfertigen. Sunnitische Jihadisten erlauben hingegen den Mord von „Abtrünnigen“, und der Tod von Unbeteiligten stellt für sie mit Bezug auf den mittelalterlichen Gelehrten Ibn Taimiyya in Situationen militärischer Notwendigkeit keinen Hinderungsgrund dar.

Welchen Grund hätte Hisbollah, Hariri zu ermorden?

Die Auswahl des Ortes mitten in Westbeirut, die Wucht der Bombe, die zahlreichen zu erwartenden zivilen Toten und die Durchführung durch einen Selbstmordattentäter sollten offensichtlich ein Fanal setzen. Es ist deshalb anzunehmen, dass nicht nur zielgerichtet ein unbequemer Politiker ausgeschaltet, sondern das gesamte politische System erschüttert werden sollte – was ja letztlich auch geschah. Die Hisbollah als der seinerzeitigen Regierung nahestehende Kraft übte Kritik an der Oppositionspolitik von Rafiq al-Hariri, doch war diese taktischer Natur und bot keinen Anlass für einen solchen Anschlag. Hariri, der zuvor noch als enger Verbündeter Syriens galt, hatte sich seit Mitte 2004 zunehmend von Bashar al-Asad distanziert und plante offenkundig, ein anti-syrisches Wahlbündnis für die anstehenden Parlamentswahlen zu schmieden. Bei einem Erfolg hätte er angesichts des konfessionellen Proporzsystems allerdings nicht an der Hisbollah als stärks-

ter schiitischer Partei vorbeiregieren können, und er hätte sie deshalb vermutlich in seine Regierung aufgenommen, wie es die *Future*-Bewegung nach der Wahl im Mai 2005 dann auch tat.

Die Forderung der von Hariri geführten Opposition nach einem Abzug der syrischen Truppen war für die Hisbollah zwar ärgerlich, aber keine Katastrophe. Die syrische Präsenz bildete einen gewissen Schutz für die Partei; ein israelischer Krieg wie im Sommer 2006 wäre mit im Libanon stationierten syrischen Truppen in der Form nicht möglich gewesen. Dennoch konnte sich die Hisbollah erstaunlich gut gegen die israelische Übermacht behaupten und sah sich selbst sogar als Siegerin des Krieges, weil Israel keines seiner militärischen Ziele erreichte. Die syrische Militärpräsenz hätte umgekehrt die Bewegungsfreiheit der Hisbollah eingeschränkt. Ihre Führung konnte sich außerdem ausrechnen, dass Syrien die Hisbollah vorwiegend als Faustpfand für eine Rückgabe des Golan benutzte. Wäre es zu einer syrisch-israelischen Einigung gekommen, hätte Syrien die Hisbollah vermutlich auch zwangsweise entwaffnet.

Der Schiit Nasrallah und der Sunnit Hariri konnten wegen des im Libanon strukturbestimmenden politischen Konfessionalismus keine wirklichen Konkurrenten sein, da keiner eine politische Funktion für die andere Gemeinschaft ausüben durfte. Sie sollen sich seit Mitte 2004 regelmäßig in freundschaftlicher Atmosphäre getroffen und als libanesischen Patrioten respektiert haben (Blanford 2006). Festzustellen ist, dass die beiden eine symbiotische Allianz aus reziproken Interessen verband: Hariri verteidigte auf internationalem Parkett den „Islamischen Widerstand“ der Hisbollah gegen den Vorwurf des Terrorismus. Nasrallah verhinderte mit der Disziplin seiner Partei und sozialkaritativen Institutionen das Ausbrechen sozialer Unruhen unter Schiiten, die in besonderer Weise unter der neoliberalen Wirtschaftspolitik von Hariri litten.

Zudem entsprachen die politischen Folgen der Attentate keineswegs den Interessen der Hisbollah. Der Druck auf Syrien, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen, nahm dramatisch zu und war schließlich erfolgreich. Ebenso mussten die Direktoren der Sicherheitsdienste, die der Hisbollah größtenteils positiv gesonnen waren, abtreten und wurden verhaftet. Die Kritik an den „prosyrischen“ Kräften nahm nach der Ermordung jedes Syriengegners weiter zu.

In der von Iran unterstützten sunnitisch-schiitischen Annäherung kommt der Hisbollah als Brückenkopf in die arabisch-sunnitische Welt eine entscheidende Funktion zu. Nach Ansicht der Hisbollah instrumentalisieren „der Westen“ und Israel den Sunna-Schia-Gegensatz im Nahen Osten, um die muslimische Gemeinschaft zu spalten und die Region dadurch besser beherrschen zu können. Sollte die Hisbollah die sunnitische Symbolfigur Hariri ermordet haben, würde dies ihre Glaubwürdigkeit zunichte machen. Das antischiitische Ressentiment wuchs durch die Anschläge enorm, und Hisbollah verlor durch die Eskalation viel Sympathie unter Nichtschiiten.

Mögliche Motive der Jihadisten

Die überdimensionierte Bombe des Hariri-Mordes spricht eher für sunnitisch-jihadistische Täter, für deren Terroranschläge eine demonstrativ über den militärischen Nutzen hinausgehende Gewalt charakteristisch ist. Die große Sprengstoffmenge könnte aus dem Irak stammen, wo der jihadistische Untergrund damals über große Waffenbestände aus Plünderungen von Munitionsdepots verfügte. Im Libanon aktive Jihadisten unterhielten teils persönliche Beziehungen zum irakischen al-Qa'ida-Führer Abu Mus'ab az-Zarqawi. Die irakisch-syrische Grenze war seinerzeit recht leicht zu überwinden, und zwischen Syrien und Libanon wurden wegen Preisdifferenzen ganze Lastwagen voller Zement geschmuggelt, so dass auch Sprengstoff unkontrolliert transportiert worden sein könnte. Später festgenommene Jihadisten von *Fatah al-Islam* berichteten, wie sie regelmäßig hinter Baumaterial versteckt über die Grenze hin- und hergefahren sind.

Unter Libanons Islamisten hatte Hariri einige Feinde, weil er ihnen als Handlanger des syrischen Regimes galt. In der in Australien ansässigen englischsprachigen Internetzeitschrift *Nida'ul Islam* wurden drei am 24.3.1997 exekutierte Jihadisten, deren Todesurteile Hariri unterzeichnet und zur Vollstreckung freigegeben hatte, als Märtyrer gefeiert. Zur von Hariri geführten Regierung heißt es: „Das neue libanesische Regime unterscheidet sich nicht von den anderen apostatischen Regimen in ihrem Kampf gegen den Islam und sein Revival.“⁷ Das Re-

gime für apostatisch zu erklären, bot die islamrechtliche Legitimation für Morde an seinen Repräsentanten. Am 8.6.1999 rächten sich Mitglieder der Jihadisten und ermordeten die vier Richter, die die Todesurteile verhängt hatten. Hariri unterzeichnete auch später noch einmal Todesurteile gegen drei Jihadisten, die am 17.1.2004 vollstreckt wurden.

Transnational agierende Jihadisten hassten Rafiq al-Hariri wegen seiner guten Beziehungen zum damaligen Ministerpräsidenten des Irak, Iyad Alawi, und zum saudischen Königshaus. Der Schiit Alawi galt ihnen als Lakai der amerikanischen „Kreuzritter“-Armee, die von April bis November 2004 einen Aufstand von Jihadisten in Falluja mit massivem Waffeneinsatz niedergeschlagen hatte.⁸ Zarqawi hatte Vergeltung gegen Saudi-Arabien angedroht, worauf es dort zu mehreren Anschlägen kam. Die saudischen Sicherheitskräfte reagierten massiv und töteten Anfang Dezember 2004 den Qa'ida-Führer des Landes, Abd al-Aziz al-Muqarran; zwei weitere Führer wurden verhaftet (Khalil 2008:60).

In dem Bekennervideo zum Hariri-Anschlag nannte das Mitglied der „Gemeinschaft des Beistands und des Jihad in den Syrischen Landen“ die Exekution in Saudi-Arabien als Motiv: „Rache für die unschuldigen Märtyrer, die die Sicherheitskräfte ermordet haben, die dem saudischen Regime im Land der beiden Heiligen Stätten folgen. Wir haben beschlossen, die gerechte Vergeltung gegen den Agenten dieses Systems und seine billigen Werkzeuge in den Syrischen Landen, Rafiq al-Hariri, zu vollziehen“ (al-Sharq al-Awsat 16.2.2005).

Fazit

Mit einer Anklageerhebung gegen die Hisbollah würde das STL massiv in das fragile Kräftegleichgewicht des Libanon und den Konflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen eingreifen. Viele Libanesen gehen davon aus, dass Israel starkes Interesse an einer solchen Polarisierung und Fragmentierung des Libanon hat. Solange sich die Libanesen gegenseitig bekriegen, stellen sie keine größere Gefahr für ihren südlichen Nachbarn dar. Verhaftungen von über 70 Mossad-Agenten seit April 2009 (Daily Star 3.8.2010) haben die Verwundbarkeit für israelische „Soft“-In-

⁷ „The Execution of the Martyrs: A New Chapter of Oppression in Lebanon“, *Nida'ul Islam* Ausgabe von Juli-August 1997, <http://www.islam.org.au/articles/19/lebanon.htm>, abgerufen am 13.11.2001 (die Seite existiert bereits seit einigen Jahren nicht

mehr). *Nida'ul Islam* gilt als eine äußerst radikale Jihadisten-Zeitschrift mit engen Verbindungen zu al-Qa'ida; siehe <http://www.ajjac.org.au/review/1999/243/nidaulislam.html>.

⁸ Zu den verheerenden Folgeschäden an der Zivilbevölkerung bis heute siehe: „Toxic legacy of US assault on Fallujah, worse than Hiroshima“, *The Independence*, 24.7.2010.

terventionen verdeutlicht.⁹ Brisant könnten seit Ende Juni 2010 in den libanesischen Telefongesellschaften Alfa und OGERO aufgedeckte Mossad-Zellen sein. Die Frage, ob sie eventuell Daten manipuliert und dadurch die Ermittlungen des STL beeinflusst haben könnten, wurde sogar in der israelischen Presse gestellt.¹⁰ Der Umstand, dass Berichte über STL-Ermittlungen häufig über israelische Medien bzw. zuletzt über den Generalstabschef der israelischen Armee, Gabi Ashkenazi, an die Öffentlichkeit gelangten, untergräbt – nicht nur im Libanon – das Vertrauen in das Tribunal. Nasrallah wirft dem STL mittlerweile vor, ein „israelisches Projekt“ zu sein. Für Israel wäre die Anklageerhebung eine besondere Genugtuung, da ein unbequemer militärischer Gegner nachhaltig geschwächt und der Rücken für einen möglichen Angriff auf die Atomanlagen Irans frei wäre.

Möglicherweise wird derzeit aber bereits eine Lösung auf höherer Ebene verhandelt, wie der gemeinsame Besuch des saudischen Königs und des syrischen Präsidenten Ende Juli 2010 in Beirut verdeutlichen. Die sunnitischen Herrscher könnten „die Schiiten“ großherzig von einer Schuld freisprechen und auf ihre Anhänger einwirken, keine Rache-morde zu verüben. Saad al-Hariri könnte froh sein, wenn die Spur zu sunnitischen Extremisten aufgegeben würde und sein Vater nicht als ein Racheopfer seiner eigenen Community dastünde. Syrien, das wegen des Hariri-Mordes die letzten fünf Jahre politisch isoliert worden war, würde wieder in den Club der regionalen Player aufgenommen. Die Formulierung von Saad al-Hariri, einige „undisziplinierte Mitglieder“ seien für den Anschlag verantwortlich, sollte der Hisbollah helfen, ihr Gesicht zu wahren. Möglicherweise würde der im Februar 2008 in Damaskus durch eine Autobombe ermordete Imad Mughniya als Kopf der Operation genannt, was eine strafrechtliche Verfolgung vereinfachte. Die Hisbollah bliebe, geschwächt zwar, als politische Akteurin erhalten; der Druck, ihre Waffen endlich abzugeben, würde aber steigen.

Schließlich könnte das STL, an dessen Nutzen angesichts fehlender Ergebnisse bereits gezweifelt wurde, endlich ein Resultat vorweisen, das die en-

ormen Kosten des Verfahrens rechtfertigen würde. Ohne eine Anklageerhebung bis Ende des Jahres 2010, also knapp zwei Jahre nach Installation des Gerichtshofs und fast sechs Jahre seit Beginn der Untersuchungen, wäre dessen Weiterfinanzierung vermutlich gefährdet.

Es ist nicht anzunehmen, dass Nasrallah ein solches „Bauernopfer“ akzeptieren wird. Ein Schuld eingeständnis brächte einen schweren Rückschlag für das jahrelange Bemühen der Partei mit sich, sich innerlibanesisch vom Image des Terrorismus zu befreien und sich als eine legitime politische Kraft zu etablieren. Am 23.7.2010 betonte Nasrallah, die Partei werde sich nicht spalten lassen, und es gebe keine „undisziplinierten Mitglieder“ in ihr. In seiner Rede vom 25.7.2010 verkündete er, dass er sich nicht mit einer Anklage gegen al-Qa’ida begnügen werde, sondern dass er Israel für den Mord an Hariri für verantwortlich halte. In einer Pressekonferenz am 9.8.2010 führte Nasrallah mehrere Hinweise an, die in diese Richtung deuten:

- Geständnisse mutmaßlicher Mossad-Agenten,
- von der Hisbollah abgefangene Filmaufnahmen israelischer Drohnen, die den späteren Anschlagsort observierten, sowie
- die Information, dass israelische Flugzeuge zum Zeitpunkt des Anschlags am 14.2.2005 über Beirut gewesen seien.

Das STL nimmt die jetzt aufgetauchten Dokumente offensichtlich ernst und erbittet deren Herausgabe, um die neuen Spuren prüfen zu können.

Literatur

Blanford, Nicholas (2006), *Killing Mr. Lebanon. The Assassination of Rafik Hariri and its impact on the Middle East*, London.

ICG (International Crisis Group) (2010), *Lebanon’s Politics: The Sunni Community and Hariri’s Future Current*.

Khalil, Ali Aqil (2008), *Al-Haqa’iq al-mudhhila li-ightiyal ar-ra’is Rafiq al-Hariri* [Die überraschenden Wahrheiten über die Ermordung von Rafiq al-Hariri], Beirut.

Hersh, Seymour M. (2007), The Redirection. Is the Administration’s new policy benefitting our enemies in the war on terrorism?, in: *The New Yorker*, 05.März.2007, http://www.newyorker.com/reporting/2007/03/05/070305fa_fact_hersh (2.8.2010).

Itani, Fida (2008), *al-Jihadiyun fi Lubnan. Min „Quwat al-Fajr“ ila Fatah al-Islam* [Die Jihadisten im Libanon. Von Quwat al-Fajr zu Fatah al-Islam], Beirut.

Knudse, Are (2010), Acquiescence to Assassinations in Post-Civil War Lebanon?, in: *Mediterranean Politics*, 15, 1, 1-23.

⁹ Die libanesische Regierung hat eine Liste von mittlerweile 150 mutmaßlichen Mossad-Agenten zusammengestellt, von denen viele flüchten oder abtauchen konnten, die sie dem UN-Sicherheitsrat vorlegen will; siehe Arabnews <http://arabnews.com/middleeast/article98499.ece?service=print> (9.8.2010).

¹⁰ Über die Agenten-Zelle berichtet ausführlich Haaretz, <http://www.haaretz.com/print-edition/news/lebanon-arrests-state-employee-for-spying-for-mossad-1.302233> (16.7.2010).

■ Der Autor

Dr. Stephan Rosiny ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES) und im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ des GIGA. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Islamismus, Gewalt und Religion, schiitischen Islam und den ostarabischen Raum.

Email: rosiny@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/rosiny>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Forschungen zum politischen Islam finden am GIGA aktuell im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ innerhalb des Forschungsschwerpunkts 2 „Gewalt und Sicherheit“ statt. Die Rolle der Hisbollah bildet dabei einen Hauptgegenstand der Untersuchungen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Büchs, Annette (2009), *The Resilience of Authoritarian Rule in Syria under Hafez and Bashar Al-Asad*, GIGA Working Paper, 97, März 2009, Hamburg, online: www.giga-hamburg.de/workingpapers.

Beck, Martin (2006), *Die Debatte über den Sommerkrieg 2006 im Nahen Osten*, GIGA Focus Nahost, 1, Hamburg, online: www.giga-hamburg.de/focus/nahost.

Beck, Martin (2006), Zur Kritik am Sommerkrieg im Nahen Osten, in: *Die Friedens-Warte*, 81, 2, 91-95.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter www.giga-hamburg.de/giga-focus und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank;
Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM